



Landkreis Spree-Neiße / Wokrejs Sprjewja-Nysa

Der Landrat

Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa
Heinrich-Heine-Straße 1 - 03149 Forst (Lausitz)/Baršć (Łužyca)

Planungsbüro Wolff GbR
Bonnaskenstraße 18/19
03044 Cottbus

Dezernat: I
Fachbereich: Bau und Planung
Hausanschrift: **Heinrich-Heine-Str. 1**
03149 Forst (Lausitz)/Baršć (Łužyca)

Bearbeiter: Herr Otto
Telefon: 03562 986-16114
Telefax: 03562 986-16188
E-Mail: m.otto-bauplanungsamt@lkspn.de

Die E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher
Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
07.11.2023

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
61.1-TöB-22-02/21

Datum
27.11.2023

Stellungnahme des Landkreises Spree-Neiße zum Bebauungsplan „Solarpark Dissen“ im Amt Burg (Spreewald)/ Bórkowy (Blota)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die eingereichten Unterlagen (Posteingang: 07.11.2023) mit Planstand September 2023 zum
vorgenannten Vorhaben wurden im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß
§ 4 Abs. 2 BauGB beurteilt und unter o. g. Aktenzeichen registriert. Innerhalb der Kreisverwaltung
wurden folgende Fachbereiche bei der Erarbeitung der Stellungnahme beteiligt:

- | | |
|---|--|
| * Bau und Planung | - Sachgebiet Kreis- und Bauleitplanung/Bergbau |
| | - Sachgebiet untere Denkmalschutzbehörde |
| * Bauordnung | - Sachgebiet technische Bauaufsicht |
| * Umwelt | - Sachgebiet untere Naturschutzbehörde |
| | - Sachgebiet untere Wasserbehörde |
| | - Sachgebiet untere Jagd- und Fischereibehörde |
| | - Sachgebiet untere Abfallwirtschafts- und
Bodenschutzbehörde |
| * Landwirtschaft, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachung | - Sachgebiet Landwirtschaft |
| * Ordnung, Sicherheit, Verkehr | - Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz |

Ich übersende Ihnen die Stellungnahme des Landkreises Spree-Neiße entsprechend dem Formblatt
über die Trägerbeteiligung bei Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungen nach BauGB.

Internet: www.landkreis-spree-neisse.de

Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE 75 SPN 00000076898
BIC: WELADED1CBN
IBAN: DE88 1805 0000 3403 0000 86



Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa
Heinrich-Heine-Straße 1
03149 Forst (Lausitz)/Barść (Łużyca)

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 2 Baugesetzbuch)

Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt **Dissen-Striesow**

0 Flächennutzungsplan

x Bebauungsplan „Solarpark Dissen“

0 Bebauungsplan der Innenentwicklung

0 Vorhaben-und Erschließungsplan

0 sonstige Satzung

Fristablauf für die Stellungnahme: **10.12.2023**

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange: Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa

Absender:	Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa		
	Dezernat I	Tel.:	03562 - 986 16114
	FB Bau und Planung	Fax:	03562 - 986 16188
	Heinrich-Heine-Straße 1	Bearbeiter:	Herr Otto
	03149 Forst (Lausitz)/Barść (Łużyca)	Az.:	61.1-TöB-22-02/21



Einwendungen

- ☒ **Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht übernommen werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)**

1. Einwendungen:

Im Geltungsbereich des B-Plans sind Reviere von Brutvögeln, darunter Feldlerche, Grauammer, Heidelerche und Wiesenschafstelze festgestellt worden. Im Umfeld sowie an den Rändern der Geltungsbereiche befinden sich des Weiteren nicht unerhebliche Vorkommen von Brutvögeln. Eine lagemäßige Darstellung der Reviere in Karten ist dem Artenschutzfachbeitrag nicht zu entnehmen.

Im unmittelbaren Umfeld des Vorhabens sind darüber hinaus Lebensräume und Vorkommen von geschützten Reptilienarten nach Anhang IV der FFH-RL (Zauneidechse) sowie Ringelnatter festgestellt bzw. entsprechende Habitatpotentiale festgestellt worden.

Vorkommen von Säugetieren (div. Fledermausarten, Wolf) sind anhand der festgestellten Habitatpotentiale nicht grundsätzlich auszuschließen.

Durch die Erschließungsarbeiten, Inanspruchnahme von Baueinrichtungsflächen sowie durch den Lebensraumverlust sind erhebliche Störungen und Beeinträchtigungen der lokalen Population nicht grundsätzlich auszuschließen.

2. Rechtsgrundlagen:

Gem. § 39 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere ohne vernünftigen Grund zu fangen, zu verletzen, zu töten.

Gem. § 39 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist es verboten, Lebensstätten wildlebender Tiere und Pflanzen ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören.

Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tieren der besonders geschützten Arten [...] zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen [...] zu beschädigen oder zu zerstören.

Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs-, und Wanderungszeiten erheblich zu stören [...].



Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist es verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen [...].

3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

Der Vorhabenträger hat die artenschutzrechtlichen Verbote gem. § 39 BNatSchG und § 44 BNatSchG zu beachten. Die artenschutzrechtlichen Verbote gem. § 44 BNatSchG können nicht in der Abwägung überwunden werden.

Zur Vermeidung der Erfüllung der vorgenannten Verbotstatbestände sind folgende Maßnahmen vorzusehen, planerisch darzustellen, in den textlichen Festsetzungen aufzuführen und / oder im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zu sichern:

- a) Es ist eine Bauzeitenregelung (Bautätigkeiten nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar) vorzusehen.

Alternativ müssen die Arbeiten rechtzeitig vor dem Beginn des Brutgeschäfts begonnen werden und ohne Unterbrechung dauerhaft anhalten. In diesem Fall sind die Buchstaben b + e) zwingend zu beachten.

- b) Es ist eine ökologische Baubegleitung für die Dauer der Bautätigkeiten vorzusehen.
- c) In den Bereichen mit festgestellten Vorkommen von Reptilien und Amphibien bzw. Habitatpotentialen ist vor Beginn der Arbeiten ein Reptilienschutzzaun aufzustellen und für die Dauer der Arbeiten funktionsfähig zu halten.
- d) Die Ausweisung und Nutzung von BE-Flächen in den Randbereichen des Vorhabengebietes ist auszuschließen.
- e) Im Geltungsbereich des B-Plans ist die Schaffung von min. 50 Feldlärchenfenstern gem. textlicher Festsetzung Nr. 18 vorzusehen. Die Lage ist im Erschließungs- bzw. Belegungsplan spätestens im Baugenehmigungsverfahren nachvollziehbar darzustellen.
- f) Zusätzlich ist der Abstand zwischen den Modulreihen aufzuweiten (min. 5+x m besonnter Bereich) – vgl. textliche Festsetzung Nr. 17. Sofern durch Verschattung der besonnene Bereich unter 5 Metern liegt, sind die Modulabstände entsprechend zu vergrößern.

Alternativ ist die Schaffung von Feldlärchenfenstern auf externen, in der unmittelbaren Nähe befindlichen Flächen vorzusehen. Die Maßnahme ist planerisch darzustellen und dinglich im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zu sichern.



- g) In den Randbereichen der Anlage sowie in den dazwischen liegenden Korridoren ist auf den Maßnahmenflächen M 1 - M 4 eine Ansaat gem. den textlichen Festsetzungen Nr. 9 – 12 vorzunehmen und die Flächen dauerhaft zu pflegen.
- h) In den Randbereichen der Anlage sowie in den dazwischen liegenden Korridoren sind auf den Maßnahmenflächen M5a – M5c Gehölzstrukturen gem. textlicher Festsetzung Nr. 13 anzulegen und dauerhaft zu pflegen.
- i) Bodenbearbeitungsmaßnahmen sowie der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sind ganzjährig auszuschließen.
- j) Eine extensive Grünlandmahd oder Beweidung sowie die für die jeweiligen Maßnahmenflächen erforderlichen Pflegemaßnahmen sollte grundsätzlich so spät wie möglich, jedoch nicht vor dem 1. August stattfinden. Eine alternierende Mahd ist vorzusehen.
- k) Es ist ein mindestens fünfjähriges Monitoring hinsichtlich der Widerbesiedlung der Anlage durch Arten vorzusehen. Eine Erfassung soll dabei im 1., 3. und 5. Jahr erfolgen. Die Berichte sind jeweils zur Jahresfrist unaufgefordert an die untere Naturschutzbehörde zu übergeben.

Die o.g. Maßnahmen (Buchstaben e, f) sind als CEF-Maßnahmen vorzusehen.

Gem. § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG ist es möglich, bei unvermeidbaren Beeinträchtigungen wildlebender Arten vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen, um evtl. betroffene Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang neu zu schaffen. CEF-Maßnahmen müssen bereits zu Beginn der Arbeiten zur Verfügung stehen müssen. Die Maßnahmen müssen bereits zu Baubeginn, im vorliegenden Fall aber spätestens zu Beginn der Balz- und Brutzeit fertiggestellt und wirksam sein.

Lebensraumverluste von Arten sind zu berücksichtigen und auszugleichen. Die Durchführung der Maßnahmen ist im Städtebaulichen- bzw. Durchführungsvertrag zu sichern.

Fachliche Stellungnahme

- ☐ Beabsichtigte eigene Planung und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens
- ☒ **Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:**



Die **untere Naturschutzbehörde** teilt weiterhin folgende Hinweise mit:

1. Grundsätzlich wird die anvisierte GRZ von 0,5 als zu hoch erachtet (vgl. „Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen [MLUK, MIL, MWAE], S. 19). Demzufolge sollen großflächige Anlagen vermieden und kleinere Anlagen kleinteilig gegliedert werden. Je größer die Modulabstände untereinander sind, desto größer ist der Nutzen unter dem Aspekt der Biodiversität. In Anlehnung an o.g. Arbeitshilfe sollen unberührt von den Modulabständen 25 % der Gesamtfläche frei bleiben. Um den artenschutzfachlichen Wert dieses Offenlandes zu erhöhen, sollten die Freiflächen möglichst zusammengezogen werden und Priorität vor umlaufenden linienförmigen Strukturen genießen.
2. Die o.g. Arbeitshilfe fordert bei Anlagen ab einer Länge von 500 m die Schaffung und Freihaltung von Migrationskorridoren für wandernde Großsäuger. Die Anlage überspannt im Geltungsbereich von Norden nach Süden teilweise über 900 m und von Westen nach Osten über 2400 m. Es sind zahlreiche Korridore innerhalb der Anlage vorgesehen. Die Durchgängigkeit für wandernde Tierarten wird als gegeben angesehen. In dem Bereich, in dem der West-Ost-Korridor auf die L 511 trifft kann es durch die Leitwirkung der Anlage allerdings zu erheblicher Unfallgefahr kommen. Hier ist anhand des M AQ (Merkblatt zur Anlage von Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen) zu prüfen, ob zusätzlich Querungshilfen für wildlebende und besonders geschützte Tierarten vorzusehen sind.
3. Es sollte sichergestellt werden, dass an den Ein- und Ausgängen der Migrationskorridore keine jagdlichen Einrichtungen aufgestellt werden und eine Bejagung stattfindet, um die Akzeptanz der Korridore durch wildlebende Tierarten nicht zu beeinträchtigen.
4. Erforderliche Zuwegungen sind in wasserdurchlässigem Aufbau herzustellen und sollen als Schotterrasen angelegt werden. Maßnahmenflächen dürfen dabei durch Zuwegungen nicht überlagert werden.
5. Zu den vorgesehenen naturschutzfachlichen Maßnahmen sind Maßnahmenblätter, aus denen eine detaillierte Beschreibung hervorgeht, anzulegen und der Begründung bzw. dem städtebaulichen-/Durchführungsvertrag als Anlage beizufügen.
6. Für Maßnahmenflächen mit Pflanzbindung ist ein konkretes Pflanzschema anzufertigen, mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen und der Begründung bzw. dem städtebaulichen-/Durchführungsvertrag als Anlage beizufügen.
7. Die vorgesehenen Pflanzqualitäten werden von der unteren Naturschutzbehörde als nicht ausreichend angesehen. Für Bäume sollte die Pflanzqualität Hochstamm, 3x verpflanzt, mit Ballen, Stammumfang 12 – 14 cm und für Sträucher 2x verplanzter Strauch oder Containerware, 4 – 5 Triebe, Pflanzhöhe min. 80 – 100 cm betragen. Pflanzware mit Wurzelballen wächst im Vergleich zu wurzelnackten Gehölzen besser an. Die Höhen insbesondere bei Sträuchern sind an die Zielstellung des Schutzes bzw. der Neugestaltung des



Landschaftsbildes anzupassen. Dabei ist auf eine entsprechende Pflanzhöhe zu achten, damit ein zeitlicher Verzug bei der Kompensation des Eingriffes in das Landschaftsbild möglichst gering ausfällt und die Pflanzen sofort einen Teil der Anlage verdecken. Die erforderlichen Angaben sind spätestens im Baugenehmigungsverfahren zu machen. Mängel bei der Kompensationsplanung können die Versagung des Einvernehmens durch die untere Naturschutzbehörde im Baugenehmigungsverfahren zu Folge haben.

8. Die Einsaat zur Begrünung von Maßnahmenflächen bzw. im Bereich der Module hat mit autochtonem Saatgut mit Herkunftszertifikat zu erfolgen (§ 40 BNatSchG). Der Nachweis ist zu führen. Dies gilt darüber hinaus für alle Pflanzungen. Soll eine Begrünung mittels Mahdgutübertragung erfolgen, ist der unteren Naturschutzbehörde vorab die Spenderfläche zu benennen.
9. Pflanzungen außerhalb des Anlagenzaunes müssen zum Schutz vor Verbiss und Schäl für die Dauer der Etablierung durch Zäunung geschützt werden. Ein Rückbau der Zäunung nach einem für die Etablierung der Pflanzung angemessenen Zeitraum ist sicherzustellen. Der Zaun muss für Kleintiere passierbar sein.
10. In der textlichen Festsetzung Nr. 13 wird von „minimalen Pflanzdichten“ gesprochen. Dies lässt nach oben viel Interpretationsspielraum. Hier sollte die Bezeichnung in „maximale Pflanzabstände“ geändert werden. Pflanzabstände von bis zu 2 m werden als zu groß angesehen. Diese sollten auf maximal 1,5 m reduziert werden. Nur bei Großsträuchern oder Bäumen kann dieser Abstand im Ausnahmefall zugelassen werden.
11. In der textlichen Festsetzung Nr. 15 wird von „mindestens sechs Gehölzen“ gesprochen. Die Formulierung sollte auf „mindestens sechs Gehölzarten“ geändert werden, um Missverständnisse auszuschließen.
12. Sofern zusätzliche Maßnahmen zur Habitataufwertung gem. des vorliegenden Umweltberichts (Überwinterungsstätten, Totholzstapel, Lesesteinhaufen, Brutkästen) vorgesehen sind, wird dies von der unteren Naturschutzbehörde ausdrücklich begrüßt. Die Lage und Ausgestaltung sollten mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt werden. Eine Sicherung der Maßnahmen im Städtebaulichen- bzw. Durchführungsvertrag sollte vorgenommen werden.
13. Alle konkreten Maßnahmen sowie Festlegungen bzw. deren Verzicht sind in der Begründung zu erörtern. Grünordnerisch festsetzbare Maßnahmen sind in der Planzeichnung zu übernehmen. Sollte dies aufgrund des fehlenden bodenrechtlichen Bezuges nicht möglich sein, sind diese nachrichtlich zu übernehmen und anderweitig rechtsverbindlich zu sichern.
14. Zur Sicherung von Maßnahmen, die nicht grünordnerisch festgesetzt werden können oder außerhalb des Geltungsbereiches des vBP liegen, ist ein städtebaulicher- bzw. Durchführungsvertrag zwischen der plangebenden Gemeinde und dem Vorhabenträger aufzusetzen. Hierin sind sämtliche Maßnahmen und Verantwortlichkeiten (zeitliche Abläufe, Standards der Grünpflege und des ggf. erforderlichen Ersatzes bei Ausfällen, dingliche



Sicherung) zu regeln. Der Durchführungsvertrag (Teil Naturschutz) sollte vorab mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt werden. Spätestens im Baugenehmigungsverfahren ist die Rechtskraft des Vertrages nachzuweisen. Fehlende bzw. mangelhafte Nachweise können die Versagung des Einvernehmens durch die untere Naturschutzbehörde zur Folge haben.

15. Sämtliche vorzusehenden Pflanzungen sind als Ersatzpflanzungen gem. § 2 Abs. 2 Nr. 4 der Verordnung des Landkreises Spree-Neiße zum Schutz von Bäumen, Feldhecken und Sträuchern (BSV LKSPN) dauerhaft geschützt und dürfen ohne Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde nicht beseitigt oder in ihrem Aufbau verändert werden. Ein „auf den Stock setzen“ zum Zwecke der Verjüngung sollte ausschließlich im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde erfolgen.
16. Im Umfeld des Geltungsbereiches des B-Plans befinden sich Bäume die auf Grundlage von § 2 BSV LKSPN i.V.m. § 17 BbgNatSchAG geschützt sind. Eine Beschädigung durch die Baumaßnahmen ist durch die öBB auszuschließen. Bei Bedarf sind die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz gem. DIN 18920 zu treffen. Die Planung ist dahingehend vorrausschauen aufzustellen. Ausnahmen oder Befreiungen von den Verboten der o.g. Bestimmungen werden nicht in Aussicht gestellt.
17. Die Gemeinde hat hinsichtlich der durch das Vorhaben eintretenden wesentlichen Änderungen des Landschaftsraumes die Aktualität ihrer Landschaftsplanung zu überprüfen und sofern erforderlich, den Landschaftsplan anzupassen. Auf die Möglichkeiten der Fördermittelbereitstellung durch das Land Brandenburg wird verwiesen.
18. Es ist dazulegen, an welcher Stelle die Einspeisung der erzeugten Energie in das Netz erfolgen soll. Hinsichtlich der erforderlichen Leitungstrasse ist die Variante zu wählen, die mit den geringst möglichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft einhergeht (vorausschauende Planung). Ein grundsätzlicher Anspruch auf Genehmigung einer Kabeltrasse und eines Umspann- bzw. Einspeisewerkes, insbesondere bei Betroffenheit von geschützten Bestandteilen von Natur und Landschaft besteht nicht.

Rechtliche Grundlagen

BSV LKSPN	Verordnung des Landkreis Spree-Neiße zum Schutz von Bäumen, Feldhecken und Sträuchern vom 25.06.2018
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2543), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.08.2021 (BGBl. I S. 3908)
BbgNatSchAG	Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.01.2013 (GVBl. I/13, Nr. 3 und Nr. 21)



Seitens des Sachgebietes **Kreis- und Bauleitplanung/Bergbau** ergehen zum derzeitigen Planungsstand des o. g. Bebauungsplans folgende Hinweise:

Die Erschließung der Sonstigen Sondergebiete „SO Solar TF7 bis TF11“ sind nicht gesichert. Es gibt keine Verbindung zu einer öffentlichen Verkehrsfläche, da lediglich in den Maßnahmenfläche M5a, M5b und M5c Zufahrten festgesetzt sind.

Hinweis: Auf Grund der Vielzahl von Planungen die in der Gemeinde Dissen-Striesow durchgeführt werden, wird die Erstellung eines Flächennutzungsplanes als erforderlich angesehen. Hierzu wird auf die Planungsförderung des Landes Brandenburg und die dazu erstellte Richtlinie hingewiesen. In dieser Planung sollte die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung des gesamten Gemeindegebietes geplant und festgeschrieben werden.

Aus **denkmalrechtlicher Sicht** bestehen keine Bedenken gegen die geplante Baumaßnahme.

Im Vorhabensbereich sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Teil I, S. 215), geändert durch Gesetz vom 28.06.2023 (GVBl. Teil I / 23 Nr. 16), bekannt. Denkmale übriger Gattung oder deren Umgebung sind nicht betroffen.

Bei Auffinden von beweglichen Bodendenkmalen, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdfärbungen, Metallsachen, Knochen, Münzen, Tonscherben, Holzpfähle oder -bohlen ist die gesetzlich festgelegte Fundmeldepflicht nach dem Brandenburgischen Denkmalschutzgesetz einzuhalten.

Die **untere Wasserbehörde** teilt Folgendes mit:

Die Hinweise und Forderungen der uWB bzgl. der im Plangebiet befindlichen Gewässer wurden in die vorliegende Planung eingearbeitet.

Es wird dennoch empfohlen, zu prüfen, ob die Öffnung des verrohrten Gewässers LC 0192 im Osten des Plangebietes als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme für die Eingriffe im Zuge der Errichtung des Solarparks vorgenommen werden kann.

Dadurch würden zusätzliche Landschafts- und Habitatstrukturen geschaffen, die zur Diversifizierung des derzeit sehr monotonen Gebietes beitragen und den Bereich ökologisch aufwerten. Andererseits würde damit die Entwässerung des östlichen Plangebietes nachhaltig sichergestellt werden. Gegenwärtig sind weder genaue Aussagen zum Zustand des verrohrten Gewässerabschnittes noch zum genauen Verlauf möglich. Beides könnte im ungünstigsten Fall bereits kurzfristig zu notwendigen Eingriffen in das verrohrte Gewässer führen, was wiederum auch nachteilige Auswirkungen auf die in diesem Bereich vorgenommenen landschaftsgestalterischen Elemente haben könnte. Dem sollte durch vorausschauende Maßnahmen am Gewässer, die einen dauerhaften und nachhaltigen Gewässerzustand anstreben, vorgebeugt werden.



Seitens der **unteren Jagdbehörde** werden ergänzend zur Stellungnahme vom 06.01.2023 folgende Hinweise gegeben:

Aus dem Eingriffs-Ausgleich - Plan zum o.g. Vorhaben geht hervor, dass die Jagdpächter des gemeinschaftlichen Jagdbezirkes Dissen bei der Maßnahme M 2 - Schaffung von Verbindungskorridoren, miteinbezogen wurden. Die untere Jagdbehörde weist dennoch darauf hin, dass die Trennkorridore statt der vorgesehenen Breite von 20 m eine Breite von mindestens 50 m aufweisen sollen (Landeck et al. 2014:295; ARGE 2007:29). Wenn bezüglich der Breite der Trennkorridore noch keine konkrete Abstimmung mit den Jagdpächtern erfolgt sein sollte, ist dies aus Sicht der unteren Jagdbehörde, unbedingt erforderlich.

Die **untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde** teilt Folgendes mit:

Zum 01.08.2023 ist die „Verordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und zur Änderung der Deponie- und Gewerbeabfallverordnung vom 09.07.2021“ in Kraft getreten.

Insofern sind die abfall- und bodenschutzrechtlichen Regelungen bei der Umsetzung der Maßnahme zu berücksichtigen und einzuhalten. Konkrete Anforderungen werden im baurechtlichen Genehmigungsverfahren formuliert. Im Übrigen behält die Stellungnahme der untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde, welche Teil der Gesamtstellungnahme des Landkreis Spree-Neiße mit den Aktenzeichen 61.1-TöB-22-01/21 vom 06.01.2023 ist, ihre Gültigkeit.

Das **Sachgebiet Landwirtschaft** teilt mit, dass bei der zur Errichtung des Solarparks vorgeplanten Fläche, es sich ausnahmslos um landwirtschaftliche Flächen mit der Nutzungsart Ackerland handelt.

Für diese Fläche wurde dem Sachgebiet Landwirtschaft des Landkreises Spree-Neiße langjährige Pachtverträge angezeigt. Wenn das Vorhaben innerhalb eines Pachtverhältnisses angefangen wird, können auf den Eigentümer der Fläche Schadensersatzansprüche gegenüber dem Pächter wegen vorzeitiger Kündigung eines eventuellen Pachtvertrages nach Landpachtgesetz und BGB zukommen. Die Inanspruchnahme einer verpachteten Fläche für Solarflächen stellt keinen außerordentlichen Kündigungsgrund nach BGB für den Flächeneigentümer dar.

Im Planbereich liegen Bodenwertzahlen von 26 bis 32 vor. Dies stellt gerade für den Landkreis Spree-Neiße einen überdurchschnittlich ertragreichen Boden dar (durchschnittliche Bodenwertzahl im Landkreis 26).

Es ist weiterhin nicht nachvollziehbar, warum derartige Projekte grundsätzlich auf landwirtschaftlichen Flächen ausgeführt werden sollen. Mit der Umsetzung der Planvorstellungen ergibt sich automatisch ein Verlust der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Mit dem Verlust dieser Flächen geht auch gleichzeitig die Destabilisierung bestehender landwirtschaftlicher Strukturen und



daraus resultierend der Verlust einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit regionalen landwirtschaftlicher Produkte einher.

Hier sollte aus unserer Sicht vor der Devastierung des Landschaftsbildes vorrangig das Augenmerk auf die Nutzung von Konversionsflächen bzw. alter Industrie- und Gewerbestandorten gelegt werden.

Der Ortsteil Dissen der Gemeinde Dissen - Striesow ist seit 2019 auch bundesweit für seine Erfolge beim Dorfwettbewerb auf Kreis-, Landes- und Bundesebene bekannt und ein beliebter Wohnort und touristischer Anziehungspunkt am Rande des Biosphärenreservates Spreewald. Das Siegerdorf Dissen (Gewinn des Bundeswettbewerbes 2019) ist von einem großräumig, agrarisch genutzten Landschaftsraum umgeben. Mit der Umsetzung des geplanten Vorhabens würde sich bei diesen Dimensionen (Inanspruchnahme von ca. 214 ha LN!) das harmonische Landschaftsbild für Dissen drastisch zum Nachteil verändern und die vg. Attraktivität als naturnaher Erholungsraum wäre definitiv zerstört.

Aus den vorgenannten Gründen bestehen aus Sicht des Sachgebietes Landwirtschaft grundsätzlich Bedenken zum Entzug von ca. 214 ha landwirtschaftlicher Flächen

Durch die **anderen beteiligten Fachbereiche** werden zum gegenwärtigen Planungsstand keine weiteren Hinweise oder Anregungen abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Schröter
Fachbereichsleiterin Bau und Planung